

## **Die Europäische Charta der Grundrechte im Kontext der Verfassung der Europäischen Union: Konzepte, Verdienste, Defizite**

### Text der Charta<sup>2</sup>

**Feierliche Proklamation** Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission proklamieren feierlich den nachstehenden Text als Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Geschehen zu Nizza am siebten Dezember zweitausend.<sup>3</sup>

## **Charta der Grundrechte der Europäischen Union**

### **Inhaltsübersicht<sup>4</sup>**

Präambel

Kapitel I. Würde des Menschen

- Art. 1 Würde des Menschen
- Art. 2 Recht auf Leben
- Art. 3 Recht auf Unversehrtheit
- Art. 4 Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung
- Art. 5 Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit

Kapitel II. Freiheiten

- Art. 6 Recht auf Freiheit und Sicherheit
- Art. 7 Achtung des Privat- und Familienlebens
- Art. 8 Schutz personenbezogener Daten
- Art. 9 Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen
- Art. 10 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- Art. 11 Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit
- Art. 12 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- Art. 13 Freiheit von Kunst und Wissenschaft
- Art. 14 Recht auf Bildung
- Art. 15 Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten
- Art. 16 Unternehmerische Freiheit
- Art. 17 Eigentumsrecht
- Art. 18 Asylrecht
- Art. 19 Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung

---

<sup>1</sup> Privatdozent, Georg-August-Universität Göttingen, [www.jura.uni-goettingen.de/schmitz](http://www.jura.uni-goettingen.de/schmitz).

<sup>2</sup> ABl. C 364 vom 18.12.2000, S. 1 - 22 (<http://db.consilium.eu.int/df/docs/de/CharteDE.pdf>). Anmerkungen und Hervorhebungen in Kursivdruck von T.S.

<sup>3</sup> Nach dem *Entwurf des Europäischen Konventes für einen Vertrag über eine Verfassung für Europa* vom 13.06. und 10.07.2003 (CONV 850/03, ABl. C 169 vom 18.07.2003) soll die Charta mit kleineren Änderungen als Teil II in den Verfassungsvertrag aufgenommen werden (näheres unter <http://european-convention.eu.int>).

<sup>4</sup> Nichtamtlich.

Kapitel III. Gleichheit

- Art. 20 Gleichheit vor dem Gesetz
- Art. 21 Nichtdiskriminierung
- Art. 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprache
- Art. 23 Gleichheit von Männern und Frauen
- Art. 24 Recht des Kindes
- Art. 25 Rechte älterer Menschen
- Art. 26 Integration von Menschen mit Behinderung

Kapitel IV. Solidarität

- Art. 27 Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen
- Art. 28 Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen
- Art. 29 Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst
- Art. 30 Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung
- Art. 31 Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen
- Art. 32 Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz
- Art. 33 Familien- und Berufsleben
- Art. 34 Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung
- Art. 35 Gesundheitsschutz
- Art. 36 Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
- Art. 37 Umweltschutz
- Art. 38 Verbraucherschutz

Kapitel V. Bürgerrechte

- Art. 39 Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
- Art. 40 Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen
- Art. 41 Recht auf eine gute Verwaltung
- Art. 42 Recht auf Zugang zu Dokumenten
- Art. 43 Der Bürgerbeauftragte
- Art. 44 Petitionsrecht
- Art. 45 Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit
- Art. 46 Diplomatischer und konsularischer Schutz

Kapitel VI. Justizielle Rechte

- Art. 47 Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht
- Art. 48 Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte
- Art. 49 Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen
- Art. 50 Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden

Kapitel VII. Allgemeine Bestimmungen

- Art. 51 Anwendungsbereich
- Art. 52 Tragweite der garantierten Rechte
- Art. 53 Schutzniveau
- Art. 54 Verbot des Missbrauchs der Rechte

## Präambel

Die Völker Europas sind entschlossen, auf der *Grundlage gemeinsamer Werte* eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.

In dem Bewusstsein ihres *geistig-religiösen<sup>5</sup> und sittlichen Erbes* gründet sich die Union auf die *unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität*. Sie beruht auf den Grundsätzen der *Demokratie* und der *Rechtsstaatlichkeit*. Sie stellt die Person<sup>6</sup> in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.

Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei. Sie ist bestrebt, eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu fördern und stellt den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit sicher.

Zu diesem Zweck ist es notwendig, angesichts der Weiterentwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen den Schutz der Grundrechte zu stärken, indem sie in einer Charta sichtbar gemacht werden.

Diese Charta bekräftigt unter Achtung der Zuständigkeiten und Aufgaben der Gemeinschaft und der Union<sup>7</sup> und des Subsidiaritätsprinzips die Rechte, die sich vor allem aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen und den gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, aus dem Vertrag über die Europäische Union und den Gemeinschaftsverträgen, aus der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, aus den von der Gemeinschaft und dem Europarat beschlossenen Sozialchartas sowie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben.<sup>8</sup>

Die Ausübung dieser Rechte ist mit Verantwortlichkeiten und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden.

Daher erkennt die Union die nachstehend aufgeführten Rechte, Freiheiten und Grundsätze an.

## Kapitel<sup>9</sup> I. Würde des Menschen

### Art. 1 Würde des Menschen

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu *achten* und zu *schützen*.

---

<sup>5</sup> Franz.: "spirituel", engl.: "spiritual"; andere Sprachen wie engl. und franz. (auch nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes).

<sup>6</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "den Mensch".

<sup>7</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Aufgaben der Union"; entsprechende technische Anpassungen in der gesamten Charta (vgl. z.B. Art. II-41 III, II-51 II, II-53).

<sup>8</sup> Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes ist folgender *Zusatz* vorgesehen: "In diesem Zusammenhang wird die Charta von den Gerichten der Union und der Mitgliedstaaten unter gebührender *Berücksichtigung der Erläuterungen*, die auf Veranlassung und in eigener Verantwortung *des Präsidiums* des Konventes zur Ausarbeitung der Charta formuliert wurden, ausgelegt werden."

<sup>9</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Titel"; Numerierung der Artikel als Art. II-1 ff.

## **Art. 2 Recht auf Leben**

- (1) Jede *Person*<sup>10</sup> hat das Recht auf Leben.
- (2) Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.

## **Art. 3 Recht auf Unversehrtheit**

- (1) Jede Person hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit.
- (2) Im Rahmen der Medizin und der Biologie muss insbesondere Folgendes beachtet werden:
  - die freie Einwilligung der betroffenen Person nach vorheriger Aufklärung entsprechend den gesetzlich festgelegten Modalitäten,
  - das *Verbot eugenischer Praktiken*, insbesondere derjenigen, welche die Selektion von Personen zum Ziel haben,
  - das Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinnen zu nutzen,
  - das *Verbot des reproduktiven Klonens* von Menschen.

## **Art. 4 Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung**

Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.

## **Art. 5 Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit**

- (1) Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.
- (2) Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.
- (3) Menschenhandel ist verboten.

# **Kapitel II. Freiheiten**

## **Art. 6 Recht auf Freiheit und Sicherheit**

Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit.

## **Art. 7 Achtung des Privat- und Familienlebens**

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation.

---

<sup>10</sup> Engl.: "Everyone"; ital.: "Ogni individuo"; niederl.: "Eenieder". Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Jeder *Mensch*" (ebenso in Art. II-3 I, II-6, II-7, II-8 I u. II, II-10 I, II-11 I, II-12 I, II-14 I, II-15 I, II-17 I, II-20, II-29, II-33 II, II-34 II, II-35, II-41 und II-47; vergleichbare Änderungen in Art. II-3 II und II-48).

## **Art. 8 Schutz personenbezogener Daten<sup>11</sup>**

- (1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.
- (2) Diese Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich geregelten legitimen Grundlage verarbeitet werden. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden erhobenen Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken.
- (3) Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von einer unabhängigen Stelle überwacht.

## **Art. 9 Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen<sup>12</sup>**

Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, werden *nach den einzelstaatlichen Gesetzen* gewährleistet, welche die Ausübung dieser Rechte regeln.

## **Art. 10 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit<sup>13</sup>**

- (1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen.
- (2) Das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen wird nach den einzelstaatlichen Gesetzen anerkannt, welche die Ausübung dieses Rechts regeln.

## **Art. 11 Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit**

- (1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.
- (2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

## **Art. 12 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit**

- (1) Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen frei und friedlich mit anderen zu versammeln und frei mit anderen zusammenzuschließen, was das Recht jeder Person umfasst, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.
- (2) Politische Parteien auf der Ebene der Union tragen dazu bei, den politischen Willen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zum Ausdruck zu bringen.

## **Art. 13 Freiheit von Kunst und Wissenschaft**

Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.

---

<sup>11</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch Art. I-50 II: "(2) Europäische Gesetze legen Regeln über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der Union sowie durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, und über den freien Datenverkehr fest. Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von einer unabhängigen Behörde überwacht."

<sup>12</sup> Vgl. auch Art. 33 (Familien- und Berufsleben).

<sup>13</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch Art. I-51 zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften (abgedruckt in Fußn. 17).

### **Art. 14 Recht auf Bildung**

- (1) Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.
- (2) Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen.
- (3) Die Freiheit zur Gründung von Lehranstalten unter Achtung der demokratischen Grundsätze sowie das Recht der Eltern, die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen sicherzustellen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen geachtet, welche ihre Ausübung regeln.

### **Art. 15 Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten**

- (1) Jede Person hat das Recht, zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben.
- (2) Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen.
- (3) Die Staatsangehörigen dritter Länder, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten arbeiten dürfen, haben Anspruch auf Arbeitsbedingungen, die denen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger entsprechen.

### **Art. 16 Unternehmerische Freiheit**

Die unternehmerische Freiheit wird *nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten* anerkannt.

### **Art. 17 Eigentumsrecht**

- (1) Jede Person hat das Recht, ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum zu besitzen, zu nutzen, darüber zu verfügen und es zu vererben. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn aus Gründen des öffentlichen Interesses in den Fällen und unter den Bedingungen, die in einem Gesetz vorgesehen sind, sowie gegen eine rechtzeitige angemessene Entschädigung für den Verlust des Eigentums. Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist.
- (2) Geistiges Eigentum wird geschützt.

### **Art. 18 Asylrecht**

Das Recht auf Asyl wird nach Maßgabe des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft<sup>14</sup> gewährleistet.

### **Art. 19 Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung**

- (1) Kollektivausweisungen sind nicht zulässig.

---

<sup>14</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "der Verfassung"; entsprechende Anpassungen in der gesamten Charta (z.B. Art. II-21 II, II-36, II-41 IV).

(2) Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden, in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.

### **Kapitel III. Gleichheit**

#### **Art. 20 Gleichheit vor dem Gesetz<sup>15</sup>**

Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich.

#### **Art. 21 Nichtdiskriminierung<sup>16</sup>**

(1) Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.

(2) Im Anwendungsbereich des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Vertrags über die Europäische Union ist unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieser Verträge jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

#### **Art. 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen<sup>17</sup>**

Die Union *achtet die Vielfalt* der Kulturen, Religionen und Sprachen.

#### **Art. 23 Gleichheit von Männern und Frauen<sup>18</sup>**

Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.

Der Grundsatz der Gleichheit steht der Beibehaltung oder der Einführung spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht entgegen.

#### **Art. 24 Rechte des Kindes<sup>19</sup>**

(1) Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Sie können ihre Meinung frei äußern. Ihre Meinung wird in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt.

---

<sup>15</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch Art. I-44 zum Grundsatz der demokratischen Gleichheit (S. 2: "Die Bürgerinnen und Bürger genießen ein gleiches Maß an Aufmerksamkeit seitens der Organe der Union").

<sup>16</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch die Querschnittsklausel des Art. III-3.

<sup>17</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch Art. I-51 zum *Status der Kirchen* und weltanschaulichen Gemeinschaften: "(1) Die Union *achtet den Status*, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht. (2) Die Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise. (3) Die Union *pflegt* in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen *Dialog* mit ihnen."

<sup>18</sup> Verzicht auf Numerierung der Absätze amtlich. Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch die Querschnittsklausel des Art. III-2.

<sup>19</sup> Vgl. auch Art. 32 (Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz).

(2) Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher oder privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.

(3) Jedes Kind hat Anspruch auf regelmäßige persönliche Beziehungen und direkte Kontakte zu beiden Elternteilen, es sei denn, dies steht seinem Wohl entgegen.

#### **Art. 25 Rechte älterer Menschen**

Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

#### **Art. 26 Integration von Menschen mit Behinderung**

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

### **Kapitel IV. Solidarität**

#### **Art. 27 Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen**

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertreter muss auf den geeigneten Ebenen eine rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in den Fällen und unter den Voraussetzungen gewährleistet sein, die *nach dem Gemeinschaftsrecht<sup>20</sup> und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten* vorgesehen sind.

#### **Art. 28 Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen**

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder ihre jeweiligen Organisationen haben *nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten* das Recht, Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.

#### **Art. 29 Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst**

Jede Person hat das Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst.

#### **Art. 30 Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung**

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat *nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten* Anspruch auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung.

---

<sup>20</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Unionsrecht" (ebenso in Art. II-16, II-28, II-30, II-34).



### **Art. 31 Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen**

(1) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen.

(2) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten sowie auf bezahlten Jahresurlaub.

### **Art. 32 Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz<sup>21</sup>**

Kinderarbeit ist verboten. Unbeschadet günstigerer Vorschriften für Jugendliche und abgesehen von begrenzten Ausnahmen darf das Mindestalter für den Eintritt in das Arbeitsleben das Alter, in dem die Schulpflicht endet, nicht unterschreiten.

Zur Arbeit zugelassene Jugendliche müssen ihrem Alter angepasste Arbeitsbedingungen erhalten und vor wirtschaftlicher Ausbeutung und vor jeder Arbeit geschützt werden, die ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihre körperliche, geistige, sittliche oder soziale Entwicklung beeinträchtigen oder ihre Erziehung gefährden könnte.

### **Art. 33 Familien- und Berufsleben<sup>22</sup>**

(1) Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie wird gewährleistet.

(2) Um Familien- und Berufsleben miteinander in Einklang bringen zu können, hat jede Person das Recht auf Schutz vor Entlassung aus einem mit der Mutterschaft zusammenhängenden Grund sowie den Anspruch auf einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und auf einen Elternurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes.

### **Art. 34 Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung**

(1) Die Union anerkennt und achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder im Alter sowie bei Verlust des Arbeitsplatzes Schutz gewährleisten, *nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.*

(2) Jede Person, die in der Union ihren rechtmäßigen Wohnsitz hat und ihren Aufenthalt rechtmäßig wechselt, hat Anspruch auf die Leistungen der sozialen Sicherheit und die sozialen Vergünstigungen *nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.*

(3) Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, *nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.*

### **Art. 35 Gesundheitsschutz**

Jede Person hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung *nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.* Bei der Fest-

---

<sup>21</sup> Verzicht auf Numerierung der Absätze amtlich. Vgl. auch Art. 24 (Rechte des Kindes).

<sup>22</sup> Vgl. auch Art. 9 (Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen).

legung und Durchführung aller Politiken und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.<sup>23</sup>

### **Art. 36 Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse**

Die Union anerkennt und achtet den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, wie er durch die *einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten* im Einklang mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft geregelt ist, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt der Union zu fördern.<sup>24</sup>

### **Art. 37 Umweltschutz<sup>23</sup>**

Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.

### **Art. 38 Verbraucherschutz<sup>23</sup>**

Die Politiken der Union stellen ein hohes Verbraucherschutzniveau sicher.

## **Kapitel V. Bürgerrechte**

### **Art. 39 Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament**

(1) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger besitzen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.

(2) Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt.

### **Art. 40 Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen**

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger besitzen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.

### **Art. 41 Recht auf eine gute Verwaltung**

(1) Jede Person hat ein Recht darauf, dass ihre Angelegenheiten von den Organen und Einrichtungen<sup>25</sup> der Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden.

---

<sup>23</sup> Siehe zum normativen Gehalt der Grundsatzbestimmungen zukünftig den im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes vorgesehenen Art. II-52 V. Siehe im Verfassungsentwurf ferner die Querschnittsklauseln der Art. III-4 f.

<sup>24</sup> Siehe im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes auch die Querschnittsklausel des Art. III-6.

<sup>25</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "der Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen" (ebenso in Art. II-42, II-43, II-51 I).

(2) Dieses Recht umfasst insbesondere

- das Recht einer jeden Person, gehört zu werden, bevor ihr gegenüber eine für sie nachteilige individuelle Maßnahme getroffen wird,
- das Recht einer jeden Person auf Zugang zu den sie betreffenden Akten unter Wahrung des legitimen Interesses der Vertraulichkeit sowie des Berufs- und Geschäftsgeheimnisses,
- die Verpflichtung der Verwaltung, ihre Entscheidungen zu begründen.

(3) Jede Person hat Anspruch darauf, dass die Gemeinschaft den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen ersetzt, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

(4) Jede Person kann sich in einer der Sprachen der Verträge an die Organe der Union wenden und muss eine Antwort in derselben Sprache erhalten.

#### **Art. 42 Recht auf Zugang zu Dokumenten**

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht auf Zugang zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission<sup>26</sup>.

#### **Art. 43 Der Bürgerbeauftragte**

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht, den Bürgerbeauftragten der Union im Falle von Missständen bei der Tätigkeit der Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft, mit Ausnahme des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse, zu befassen.

#### **Art. 44 Petitionsrecht**

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten.

#### **Art. 45 Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit**

(1) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.

(2) Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhalten, kann gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit gewährt werden.

#### **Art. 46 Diplomatischer und konsularischer Schutz**

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger genießen im Hoheitsgebiet eines Drittlandes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vertreten ist, den Schutz der

---

<sup>26</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "der Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen, unabhängig davon, in welcher Form diese Dokumente erstellt werden"; siehe ferner Art. I-49 des Verfassungsentwurfes zur Transparenz der Arbeit der Organe der Union.

diplomatischen und konsularischen Stellen eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates.

## **Kapitel VI. Justizielle Rechte**

### **Art. 47 Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht<sup>27</sup>**

Jede Person, deren durch das Recht der Union garantierte Rechte oder Freiheiten verletzt worden sind, hat das Recht, nach Maßgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Bedingungen bei einem Gericht einen wirksamen Rechtsbehelf einzulegen.

Jede Person hat ein Recht darauf, dass ihre Sache von einem unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird. Jede Person kann sich beraten, verteidigen und vertreten lassen.

Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, wird Prozesskostenhilfe bewilligt, soweit diese Hilfe erforderlich ist, um den Zugang zu den Gerichten wirksam zu gewährleisten.

### **Art. 48 Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte**

(1) Jede angeklagte Person gilt bis zum rechtsförmlich erbrachten Beweis ihrer Schuld als unschuldig.

(2) Jeder angeklagten Person wird die Achtung der Verteidigungsrechte gewährleistet.

### **Art. 49 Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen**

(1) Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Es darf auch keine schwerere Strafe als die zur Zeit der Begehung angedrohte Strafe verhängt werden. Wird nach Begehung einer Straftat durch Gesetz eine mildere Strafe eingeführt, so ist diese zu verhängen.

(2) Dieser Art. schließt nicht aus, dass eine Person wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den allgemeinen, von der Gesamtheit der Nationen anerkannten Grundsätzen strafbar war.

(3) Das Strafmaß darf gegenüber der Straftat nicht unverhältnismäßig sein.

### **Art. 50 Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden**

Niemand darf wegen einer Straftat, derentwegen er bereits in der Union nach dem Gesetz rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist, in einem Strafverfahren erneut verfolgt oder bestraft werden.

---

<sup>27</sup> Verzicht auf Numerierung der Absätze amtlich.

## Kapitel VII. Allgemeine Bestimmungen<sup>28</sup>

### Art. 51 Anwendungsbereich

(1) Diese Charta gilt<sup>29</sup> für die Organe und Einrichtungen<sup>30</sup> der Union *unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips* und *für die Mitgliedstaaten ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union*. Dementsprechend achten sie die Rechte, halten sie sich an die Grundsätze und fördern sie deren Anwendung gemäß ihren jeweiligen Zuständigkeiten<sup>31</sup>.

(2) Diese Charta begründet *weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben* für die Gemeinschaft und für die Union, noch ändert sie die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.

Neue Fassung nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes:

(2) Diese Charta dehnt den Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union hinaus aus und begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Union, noch ändert sie die in den anderen Teilen der Verfassung festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.

### Art. 52 Tragweite<sup>32</sup> der garantierten Rechte

(1) Jede *Einschränkung* der Ausübung der in dieser Charta anerkannten Rechte und Freiheiten muss *gesetzlich vorgesehen* sein und den *Wesensgehalt* dieser Rechte und Freiheiten achten. Unter Wahrung des Grundsatzes der *Verhältnismäßigkeit* dürfen Einschränkungen nur vorgenommen werden, wenn sie *notwendig* sind und den *von der Union anerkannten* dem Gemeinwohl dienenden *Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer* tatsächlich entsprechen.

(2) Die Ausübung der durch diese Charta anerkannten Rechte, die in den Gemeinschaftsverträgen oder im Vertrag über die Europäische Union begründet sind<sup>33</sup>, erfolgt im Rahmen der darin festgelegten Bedingungen und Grenzen.

(3) *Soweit* diese Charta Rechte enthält, die den durch die *Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* garantierten Rechten *entsprechen*,<sup>34</sup> haben sie die *gleiche Bedeutung und Tragweite*, wie sie ihnen in der genannten Konvention verliehen wird. Diese Bestimmung steht dem nicht entgegen, dass das Recht der Union einen weiter gehenden Schutz gewährt.

Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes sind folgende neuen Absätze 4 - 6 vorgesehen:

(4) Soweit in dieser Charta Grundrechte anerkannt werden, wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, werden sie im Einklang mit diesen Überlieferungen ausgelegt.

(5) Die Bestimmungen dieser Charta, in denen *Grundsätze* festgelegt sind,<sup>35</sup> können durch Akte der Gesetzgebung und der Ausführung der Organe und Einrichtungen der Union sowie durch Akte der Mitgliedstaaten zur Durchführung des Rechts der Union in Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten umgesetzt werden. Sie können

---

<sup>28</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta".

<sup>29</sup> Engl.: "The provisions of this Charter are addressed to..."; franz.: "... s'adressent aux...".

<sup>30</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen" (ebenso in Art. II-41 I, II-42, II-43).

<sup>31</sup> Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes ist folgender Zusatz vorgesehen: "und unter Achtung der Grenzen der Zuständigkeiten, die der Union in anderen Teilen der Verfassung übertragen werden".

<sup>32</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europ. Konventes zukünftig: "Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze".

<sup>33</sup> Nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes zukünftig: "in anderen Teilen der Verfassung geregelt sind"; anschließend: "in diesen einschlägigen Teilen festgelegten".

<sup>34</sup> Vgl. z.B. Art. 2 (= Art. 2 EMRK), Art. 6 (= Art. 5 EMRK), Art. 7 (= Art. 8 EMRK), Art. 10 I (= Art. 9 EMRK) und Art. 11 (= Art. 10 EMRK).

<sup>35</sup> Siehe Art. 35 S. 2, 37 und 38.

vor Gericht nur bei der Auslegung dieser Akte und bei Entscheidungen über deren Rechtmäßigkeit herangezogen werden.

(6) Den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten ist, wie es in dieser Charta bestimmt ist, in vollem Umfang Rechnung zu tragen.

### **Art. 53 Schutzniveau**

Keine Bestimmung dieser Charta ist als eine Einschränkung oder Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auszulegen, die in dem jeweiligen Anwendungsbereich durch das Recht der Union und das Völkerrecht sowie durch die internationalen Übereinkommen, bei denen die Union, die Gemeinschaft oder alle Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, darunter insbesondere die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, sowie durch die Verfassungen der Mitgliedstaaten anerkannt werden.

### **Art. 54 Verbot des Missbrauchs der Rechte**

Keine Bestimmung dieser Charta ist so auszulegen, als begründe sie das Recht, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die darauf abzielt, die in der Charta anerkannten Rechte und Freiheiten abzuschaffen oder sie stärker einzuschränken, als dies in der Charta vorgesehen ist.

---